

Förderturm der  
Saarbergwerke  
in Ensdorf



# Gift im Schacht

**Bergbau** Der Kohlekonzern RAG will das Wasser in seinen Bergwerken nicht mehr komplett abpumpen. Umweltschützer fürchten ein Desaster. Denn tief unter der Erde lagern Tausende Tonnen gefährlicher PCB.

**W**enn Werner Becker nach stundenlangem Warten endlich einen Karpfen oder ein Rotauge aus der Saar zieht, dann fängt für den passionierten Angler die Arbeit erst richtig an. Er muss alle fetten Teile, Bauchlappen und die Haut des Tieres sorgsam entfernen. Denn der Fisch sammelt in seinem Fettgewebe eine gefährliche Fracht: Polychlorierte Biphenyle, kurz PCB.

Der Stoff gehört zu dem sogenannten Drecksigen Dutzend. Das sind Chemikalien, die wegen ihrer Toxizität und wegen ihrer lang anhaltenden Wirkung auf Mensch und Tier weltweit schon vor Jahren verboten wurden.

Im Jahr 2004, erinnert sich der 78-jährige Becker, habe die Landesregierung die Öffentlichkeit erstmals über die schlimme Belastung der Saarfische informiert. Seitdem habe sich sein Leben verändert.

Früher sei er mit Anglerkollegen fast jedes Wochenende an den Fluss gepilgert. Gemeinsam habe man kiloweise Fisch für die eigene Familie und für das Vereinslokal aus dem Wasser gezogen.

Heute sind die meisten Tiere ohne vorherige Spezialbehandlung nicht mehr genießbar. „Bei Rotaugen, Forellen, Schleien und Karpfen sollte ab einem bestimmten Alter zumindest die Haut entfernt werden“, empfehlen Landesregierung und Fischereiverband. „Aale, Barben, Brassen und Döbel“ sollten überhaupt nicht mehr gegessen werden.

In den Fluss und damit in die Fische gelangten PCB vor allem deshalb, weil Industriebetriebe und Müllentsorgungsunternehmen in der Vergangenheit unachtsam oder kriminell mit PCB-haltigen Hydraulikölen, Lacken oder Kühlflüssigkeiten umgingen. Ein weiterer Verursacher ist der Steinkohlenbergbau. In den Abwässern der zum RAG-Konzern gehörenden Saarbergwerke fanden Mitarbeiter der Landesuntersuchungsämter in der Vergangenheit PCB.

Die gemessenen Mengen waren zwar gering. Doch genau das, befürchten Grüne, Umweltverbände und Angler nun, könnte sich bald ändern.

Um zu sparen, will die RAG, entgegen früheren Aussagen, das Grubenwasser in Teilen Nordrhein-Westfalens und im Saarland nicht mehr überall absaugen. Diese Prozedur kostet das Unternehmen jährlich einen dreistelligen Millionenbetrag. Die RAG hat bereits damit begonnen, einige der riesigen Kreiselpumpen abzustellen, die Schächte und Tunnel bislang in einer Tiefe von bis zu 1400 Metern trockengelegt hatten.

In der Folge werden die Bergwerke ganz oder teilweise geflutet, Millionen Kubikmeter einer salzhaltigen und oft übel riechenden Brühe steigen langsam Richtung Erdoberfläche. Umweltschützer fürchten, dass damit auch PCB, die in den Stollen



**Angler Becker in Saarbrücken:** Alle fetten Teile sorgsam entfernen

lagern, ins Grundwasser, in Flüsse und Bäche gelangen könnten.

„Da tickt eine ökologische Zeitbombe“, warnt Steffen Potel vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) im Saarland. Der Fraktionschef der Grünen an der Saar, Hubert Ulrich, sieht sogar „die Trinkwasservorkommen des Bundeslandes in akuter Gefahr“.

Dass die RAG nicht übermäßig viel Rücksicht auf Mensch und Natur nimmt, ist für die Bewohner der Kohleländer Saarland und Nordrhein-Westfalen nichts Neues. Bergschäden gehören seit Jahrzehnten zu ihrem Alltag. Häuser bekommen Risse, Grundstücke und Straßen sacken um mehrere Meter ab, Felder werden überflutet, mitunter wird sogar ein spürbares Erdbeben durch den Bergbau verursacht.

Doch was der Konzern nun mit dem Grubenwasser plant, hat eine neue Dimension. Es sei ein flächendeckender Feldversuch mit offenem Ausgang und unvorhersehbaren Konsequenzen, sagen die Kritiker.

Die RAG hat ihre Bergwerke in der Vergangenheit nämlich nicht nur zum Abbau von Kohle genutzt. Sie dienten anschließend auch als eine Art Großdeponie für hochgiftige Sonderabfälle. Bereits Mitte 2013 musste das Unternehmen einräumen, dass es in den Neunzigerjahren mehr als 600 000 Tonnen mit Dioxin, Arsen und Quecksilber verseuchten Sonder- und Giftmüll nach einem wissenschaftlich umstrittenen Verfahren in seinen Stollen eingelagert hatte.

Nun belegen zum Teil nicht zugängliche Untersuchungsberichte des saarländischen Landtags und Protokolle des Bundestags aus den Achtzigerjahren, dass Stollen und Schächte weit unter der Erde zudem noch mit mehreren Tausend Tonnen PCB kontaminiert sind. „Das ist ein Albtraum“, sagt Saar-Grünen-Fraktionschef Ulrich.

Rund 72 000 Tonnen der hochgiftigen Chemikalie wurden vor ihrer endgültigen Ächtung im Jahr 1985 in Deutschland verwendet – knapp ein Sechstel davon, näm-

lich 12 500 Tonnen, als nicht brennbares Hydrauliköl im Bergbau.

Minutiös listen die Bundestags- und Landtagsprotokolle aus den Achtzigerjahren auf, dass die RAG von den 12 500 Tonnen nicht einmal zehn Prozent ordnungsgemäß entsorgen ließ. Der Rest, mehr als 10 000 Tonnen, blieb demnach unter der Erde.

Dort schlummert das giftige Hydrauliköl noch heute in Behältern, Fässern, zurückgelassenen Anlagen oder im Erdreich, in das riesige Mengen versickerten.

Solange die Stollen trocken waren oder nur geringe Mengen Wasser durchflossen, trat Öl an der Saar und in Nordrhein-Westfalen nur vereinzelt und in geringen Mengen aus den Bergwerken aus.

Was jedoch passiert, wenn die Bergwerke nun geflutet werden und das Gift wie an der Saar über aufsteigendes Wasser in direkten Kontakt mit der Umwelt gelangt, vermag derzeit niemand mit Sicherheit zu sagen.

Bleiben PCB dann wirklich in der Tiefe, weil das „salzhaltige Grubenwasser und undurchlässige Tonschichten“ einen Aufstieg der PCB verhindern? Das glaubt die RAG.

Oder könnte das gesamte Gift mittel- und langfristig ausgespült werden und dann in Flüssen wie dem Rhein und der Saar landen? Das befürchten BUND, Grüne und Wasserexperten wie Harald Friedrich, der lange Jahre im NRW-Umweltministerium für Wasser- und Abfallentsorgung zuständig war.

Die Folgen wären fatal. Denn selbst kleinste Mengen PCB reichern sich über die Nahrungskette im Körper von Tieren und Menschen an und können zu schweren Schädigungen der Haut, des Nervensystems, der Leber und der Nieren sowie zu Krebs führen.

Schon heute sind offenbar Bergarbeiter durch den sorglosen Umgang mit PCB in den Achtzigerjahren erkrankt. Einige von ihnen werden im Universitätsklinikum der

Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule in Aachen behandelt. In dem futuristischen Gebäude mit den unverkleideten Versorgungsrohren an Wänden und Decken leitet Thomas Kraus das Institut für Arbeits- und Sozialmedizin.

Zu Kraus kommen Bergleute mit den Erkrankungen, die für ihren Beruf typisch sind. Nach jahrelangem Einatmen des feinen Kohlenstaubs unter Tage leiden viele an Atemwegserkrankungen. Meist sei das Krankheitsbild so eindeutig, dass man gar nicht auf die Idee käme, nach anderen Ursachen zu suchen, sagt Kraus. Und so war es eher Zufall, dass der hoch aufgeschosene Institutsleiter einige Patienten auch auf PCB untersuchen ließ. In mehreren Fällen, sagt Mediziner Kraus, „konnten wir signifikant erhöhte Konzentrationen nachweisen“.

Ob – und wie – die Patienten mit PCB in Berührung gekommen waren, konnten viele Bergleute nicht einmal sagen. Kraus fand eine wissenschaftliche Studie, die ein Berufskollege bereits in den Neunzigerjahren im Auftrag der RAG angefertigt hatte. In ihr wird beschrieben, dass Bergarbeiter früher zum Teil hohen PCB-Belastungen ausgesetzt waren. Die Arbeiter standen an einigen Maschinen in einem permanenten „Nebel“ von Hydraulikölen. Bei Inspektionen von Maschinen tauchten sie die Arme teilweise bis über die Ellenbogen in das lauwarmer Schmieröl.

Entsprechend wurden bei der ausgewählten Gruppe auch „signifikant erhöhte“ PCB-Konzentrationen im Blut gefunden. Einige Arbeiter litten an den für PCB-Vergiftungen typischen „Haut-, Leber- und Nierenerkrankungen“.

Bei der RAG kann man den ganzen Wirbel um PCB nicht nachvollziehen. Schon vor längerer Zeit, sagt Stefan Hager, im Konzern verantwortlich für Bergschäden, habe die Politik die RAG aufgefordert, neue Konzepte für die Wasserhaltung in den Bergwerken zu erarbeiten. Jetzt lägen die ersten Entwürfe vor. Sie müssten in den kommenden Monaten diskutiert und möglicherweise auch noch angepasst werden.

Natürlich wolle die RAG die sogenannte Wasserhaltung so einfach und effizient wie möglich gestalten. Doch absolute Priorität habe die Sicherheit des Grund- und des Oberflächenwassers. Insofern seien bei dem Vorhaben, das Wasser langsam ansteigen zu lassen, gleich mehrere Sicherheitsbarrieren eingebaut.

So bleibe man zu allen bekannten Trinkwasservorräten in gehörigem Sicherheitsabstand. „Außerdem werden in den dann verschlossenen Schächten neuartige Tauchpumpen installiert. Sie sollen den Anstieg des Wassers stoppen, wenn es trotz aller Sicherheitsvorkehrungen zu unvorhersehbaren Ereignissen kommt“, beschreibt Hager.

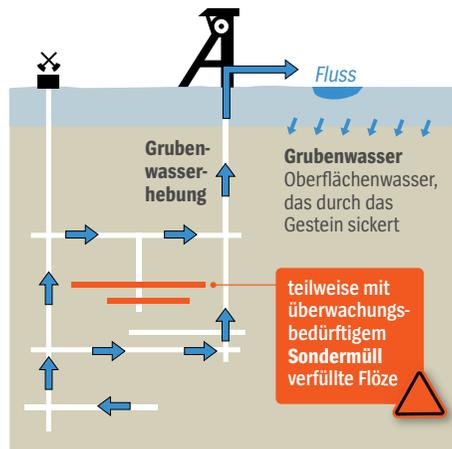
Unvorhersehbare Ereignisse wären Hebungen des Bodens, Überflutungen oder austretende Schadstoffe. Die Tatsache, dass Sondermüll in den Schächten lagert und große Mengen PCB-Öl unter Tage verbracht wurden und dort auch geblieben sind, bestreitet das Unternehmen nicht.

Die nicht brennbaren PCB-haltigen Hydrauliköle, erklärt Joachim Löchte, bei der RAG verantwortlich für Umwelt und Gesundheit, seien in den Achtzigerjahren eingeführt worden, nachdem es in einem belgischen Bergwerk einen schweren Brand gegeben hatte, der auf normales Öl zurückzuführen war. Wie viel genau unter Tage gebracht und wie viel davon entsorgt wurde, will Löchte heute nicht mehr beziffern können. Fakt sei jedoch, dass ein Teil des Hydrauliköls durch den nicht nur bei der RAG allzu sorglosen Umgang in jener Zeit in den Bergwerken zurückgeblieben sei.

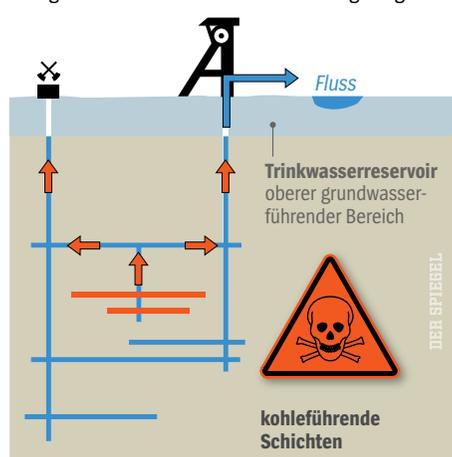
Heute seien die Kontrollen streng. Zwar könne man die Bergwerke nicht reinigen. Aber das abgepumpte Wasser werde von den Behörden kontrolliert, und bislang sei-

### Vorsicht Gift!

Die stillgelegten Zechen des Ruhr- und Saarkohlebergbaus werden in einer Tiefe bis zu 1400 Meter durch Pumpen von Grubenwasser freigehalten.



Wird die Wasserhebung eingeschränkt, steigt das Grubenwasser an. Schadstoffe könnten aus dem Müll gelöst werden und ins Grundwasser gelangen.



en keine besorgniserregenden Mengen PCB festgestellt worden. Zudem würden alle heraufgeholtten Maschinen genau auf PCB-haltige Öle überprüft. „Die Sensibilität ist hoch“, sagt Löchte, „und wir sind uns unserer Verantwortung bewusst.“

Genau das bezweifeln die Umweltschützer, und früher war das offenbar auch nicht immer so. Denn schon Anfang der Achtzigerjahre war die immense Gefahr von PCB bekannt, doch immer wieder gab es Hinweise, dass die RAG mit den giftigen Stoffen unverantwortlich umging. So geriet das Unternehmen schon früh unter Verdacht, sich die aufwendige und teure Entsorgung von PCB-Ölen in Spezialanlagen zu sparen und Abfälle stattdessen unter normales Altöl zu mischen oder sie geräuschlos unter Tage verschwinden zu lassen.

Die Staatsanwaltschaften Essen und Bochum rückten in den Achtzigerjahren gleich mehrfach zu Razzien in Sachen RAG aus. Durchsucht wurden Geschäftsräume, Lager und Bergwerke. In einem Fall stellten die Staatsanwälte rund 3000 Fässer mit PCB-haltigen Abfällen sicher. „Sie sollten“, erinnert sich ein Beamter der zuständigen Aufsichtsbehörde, „kurze Zeit später in einem Stollen eingemauert werden und für immer verschwinden.“

Im Saarland beschäftigte sich 1984 ein Untersuchungsausschuss des Landtags mit der illegalen Beseitigung von PCB bei einem Müllentsorgungsunternehmen. Eher zufällig stießen die Ermittler dabei auch auf die Saarbergwerke, die heutige Tochter des RAG-Konzerns. Die Ergebnisse ihrer monatelangen Recherchen sind in einem rund 70-seitigen Abschlussbericht festgehalten, der dem SPIEGEL vorliegt.

Danach brachten die Saarbergwerke in der Zeit von 1979 bis 1984 rund 1500 Tonnen PCB-haltiges Hydrauliköl unter die Erde. Für nicht einmal zwei Prozent der Gesamtmenge konnte die RAG-Tochter ordnungsgemäße Entsorgungsnachweise vorlegen.

Was unter Tage passierte, schildert ein Schlosser, der damals in den Saarbergwerken arbeitete: „Die riesigen Maschinen und Pressen versprühten das blaue Hydrauliköl unter gewaltigem Druck literweise in die Umgebung.“ Sicherheitsvorkehrungen zur Arbeit mit der Flüssigkeit habe es nicht gegeben. „Wir sind mit dem Zeug umgegangen, als wäre es Milch“, so der Bergmann. Erst nach 1984 seien Handschuhe und Masken verteilt worden. Von da an sei auch die Entsorgung komplizierter geworden. Habe man das Öl bis dahin noch „direkt in eine Ecke gekippt, musste es nun in Fässer gefüllt werden“. Diese seien dann in den Abbaubereich geschoben worden „und verschwanden unter den zusammenbrechenden Gesteinsmassen“.

Auch für den Untersuchungsausschuss bestand kein Zweifel, dass „die Hauptmenge der unter Tage verbrachten Öle dort



Arbeiter in Saarbergwerken\*: „Mit dem Zeug umgegangen, als wäre es Milch“

auch verbleibt“. Illegal entsorgte Fässer entdeckten die Abgeordneten zwar nicht. Doch was sie bei ihren Besichtigungen unter Tage vorfanden, war nicht weniger schockierend. Riesige Mengen des hochgiftigen Öls, heißt es in dem Abschlussbericht, würden bei Reparaturen und Wartungsarbeiten über „Undichtigkeiten und Schlauchbrüche“ auf den Boden fließen und dort verbleiben.

Man müsse davon ausgehen, dass in Zukunft „durch den Steinkohlenbergbau ganz erhebliche Mengen PCB in die Umwelt freigesetzt“ würden, so das Fazit der Abgeordneten. Das damals vorgebrachte Argument der RAG, dass es sich bei den Fehlmengen um „betriebsbedingten“ und damit unvermeidbaren Verbrauch handele, hielten die Abgeordneten für vorgeschoben.

Doch genau wie in NRW blieben größere Konsequenzen aus. Und das ist wohl nur mit der Stellung der Kohle in jener Zeit zu erklären. Bis weit in die Neunzigerjahre hinein war die RAG eine Macht – wirtschaftlich und politisch. Kaum jemand konnte sich damals ernsthaft vorstellen, dass der Bergbau jemals auslaufen könnte. Stollen und Schächte wurden für die Ewigkeit gebaut und nicht, um sie irgendwann einmal mit Wasser zu fluten.

Über 200 000 Menschen arbeiteten zu Hochzeiten für den Konzern. Die deutsche Steinkohle war viel zu teuer, um auf den Weltmärkten konkurrenzfähig zu sein. Doch Subventionen von Bund und Ländern in Milliardenhöhe sicherten Bergarbeitern und RAG-Managern ein auskömmliches Dasein. Und die traditionell kohlefreundlichen Sozialdemokraten im Ruhrgebiet und an der Saar sorgten für eine reibungslose Abwicklung heikler Genehmigungs- und Umweltfragen.

Anders als andere Industrieunternehmen unterlag die RAG in zentralen Bereichen wie der Wasserhaltung oder der Ab-

fallentsorgung nicht der strengen Umweltgesetzgebung. Zuständig für diese Fragen waren die den jeweiligen Wirtschaftsministerien unterstellten Bergämter. „Und die“, erinnert sich die frühere grüne NRW-Umweltministerin Bärbel Höhn, „fühlten sich immer schon wie der verlängerte Arm des Bergbaus. Informationen über die Einlagerung von Müll oder andere umweltrelevanten Abläufe erhielten wir nicht. PCB-haltiges Öl galt als Betriebsstoff und fiel somit unter Bergrecht. Das Bergamt war wie eine Blackbox. Es wurde gemauert, wir erfuhren nichts.“

So wundert es auch nicht, dass die RAG es schaffte, das heikle Thema PCB und Giftmüll lange Zeit unter Tage zu halten. Und so sollte es auch bleiben, mindestens bis Ende 2018, wenn in Nordrhein-Westfalen, wie zuvor schon im Saarland, die letzte Zeche geschlossen wird.

In der Zeit nach dem Ende des Bergbaus in Deutschland sollte sich die RAG hauptsächlich um die Bewältigung der Altlasten des Bergbaus kümmern. Dazu zählt vor allem das Abpumpen der jährlich mehreren Millionen Kubikmeter Wasser aus den ehemaligen Bergwerken. Ohne diese Wasserhaltung würden große Teile des Ruhrgebietes und des Saarlandes schlichtweg absaufen. Außerdem wären das Grundwasser und die Flüsse durch das ansteigende Grubenwasser extrem gefährdet.

Davon sind Umweltpolitiker und viele Wissenschaftler überzeugt. Und so oder ähnlich bedrohlich hatte die RAG die Situation auch selbst noch vor wenigen Jahren in diversen Gutachten beschrieben.

Doch kaum rückt das Ende des Bergbaus nun näher, erscheinen den Verantwortlichen die Aufgaben nicht mehr ganz so gewaltig und die Gefahren nicht mehr ganz so bedrohlich wie einst beschworen. In großen Bereichen, heißt es nun in internen Präsentationen der RAG, könne man die Wasserhaltung teilweise oder sogar

ganz einstellen und so einen Teil der Pumpkosten einsparen.

Damit hat die RAG in einigen Regionen sogar schon begonnen. Geduldet von den Landesregierungen und weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit ließ das Unternehmen das Wasser in manchen Bergwerken bereits von ursprünglich 1100 Metern auf Höhen von bis zu 260 Metern ansteigen.

Neben der Kosteneinsparung hat die Flutung für die RAG einen weiteren positiven Nebeneffekt: In jedes Bergwerk fließen bei einer Flutung mehrere Millionen Kubikmeter Wasser.

Dermaßen verdünnt ist die giftige Chemikalie in den Wasserproben der Untersuchungsämter kaum noch nachweisbar. An den „schlimmen Folgen für Mensch und Umwelt“, sagt Wasserexperte Friedrich, „ändert das aber nichts. Denn über die Zeit und die große Menge Wasser, das in die Flüsse eingeleitet wird, landen die gesamten 10 000 Tonnen PCB langfristig in den Flüssen und damit in der Nahrungskette.“

In Nordrhein-Westfalen stoppte die Landesregierung vorläufig einen weiteren Wasseranstieg, nachdem der SPIEGEL (29/2013) über die giftigen Sondermülldeponien in den Bergwerken berichtet hatte. Ein wissenschaftliches Gutachten soll nun Aufschluss darüber geben, welche Gefahren von dem Giftmüll ausgehen.

Geplant sind umfangreiche Probebohrungen und Untersuchungen. Sollten sich die Informationen über die PCB-Belastung der Bergwerke erhärten, heißt es im NRW-Umweltministerium, müsse das Gutachten auch auf diesen Bereich ausgeweitet werden. Inzwischen schließen die Auftraggeber der Studie nicht einmal mehr aus, dass der Konzern bereits geflutete Stollen für die umfangreichen Untersuchungen wieder trockenlegen muss.

Auch im Saarland droht dem Unternehmen nun Ungemach. Vor einem weiteren Anstieg des Grubenwassers fordert Grünen-Fraktionschef Ulrich, müsse auch dort eine „unabhängige Studie alle möglichen Risiken aufzeigen“. Sollten Landesregierung und RAG das verweigern, will der BUND notfalls juristisch dagegen vorgehen.

Werner Becker und seine Anglerkollegen haben ihre ganz persönlichen Konsequenzen aus der PCB-Belastung der Fische in der Saar gezogen. Karpfen und Rotaugen fangen sie inzwischen vorzugsweise in einem gepachteten fünf Hektar großen Weiher nahe der Saar. Die Jungfische haben sie im Frühjahr gekauft und selbst dort eingesetzt. Sie stammen, erklärt Fischereipräsident Becker, aus einem rund 120 Kilometer entfernten Fluss in Frankreich – aus „einer garantiert bergbaufreien Region“.

Frank Dohmen, Barbara Schmid